

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Große Vermögen stärker besteuern

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag teilt die Auffassung der Landesregierung bezüglich vorhandener Spielräume für eine stärkere Besteuerung großer Vermögen.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Die Bundesrepublik Deutschland erhebt im internationalen Vergleich nur sehr geringe vermögensbezogene Steuern. Zugleich bleibt die Vermögensungleichheit in Deutschland anhaltend hoch, innerhalb der Eurozone ist die Vermögensungleichheit in Deutschland sogar am höchsten. Ein besonders starkes Gefälle bei der Vermögensverteilung gibt es zudem nach wie vor zwischen den alten und neuen Bundesländern (vgl. etwa aktuelle Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung).

Insofern teilt der Landtag die grundsätzliche Auffassung der Landesregierung und sieht ebenso wie die Landesregierung Spielräume für eine stärkere Besteuerung großer Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland (Antwort der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen der Abg. Jeannine Rösler, Fraktion DIE LINKE, auf den Drucksachen 6/3512 und 6/3602). So kann zum Beispiel die Wiederbelebung der Vermögensteuer der Vermögensungleichheit entgegenwirken. Sie wäre darüber hinaus für die Entwicklung des Landes von herausgehobener Bedeutung, da das Land nach Angaben des Finanzministeriums nach dem Länderfinanzausgleich mit jährlichen Mehreinnahmen von bis zu 220 Mio. Euro rechnen könnte.

Unabhängig von aktuellen Mehrheitsverhältnissen im Deutschen Bundestag und im Bundesrat sowie der Frage der konkreten Ausgestaltung möglicher stärkerer Besteuerungen großer Vermögen, etwa durch eine Vermögensteuer, eine Vermögensabgabe, eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer oder der Grundsteuer, ist hierzu eine grundsätzliche Positionierung des Landtages bislang nicht erfolgt. Ein klares Votum des Landtages scheint aber umso mehr geboten, da die Auffassung der Landesregierung durch die Regierungskoalition bislang offenkundig nicht geteilt wird. So wandte sich der Koalitionspartner CDU noch im Januar dieses Jahres öffentlich kategorisch gegen höhere Steuern auf große Vermögen; neue Steuern sollen nicht eingeführt und bestehende nicht erhöht werden. Ein entschlossenes und glaubwürdiges Eintreten des Landes für eine stärkere Besteuerung großer Vermögen ist so kaum möglich. Zudem erschwert die bisherige Blockadehaltung eines Koalitionspartners eine wirksame Bekämpfung der Vermögensungleichheit in Deutschland. Auch insofern ist ein entsprechender Grundsatzbeschluss des Landtages dringend geboten.